

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Beer, Eich und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung zur Polenreise und zur Lage in der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Einzelplan 14 des Haushaltsplans 1990 eine Kürzung des Rüstungshaushalts um 5 Mrd. DM vorzunehmen und das freiwerdende Geld in einen Devisenfonds für Begegnungen zwischen Ost und West einzuspeisen.

Bonn, den 15. November 1989

Frau Beer

Eich

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Ungewöhnliche Ereignisse machen ungewöhnliche Taten erforderlich. Die DDR-Regierung hat mit der Öffnung der Grenzen einen erfreulichen, richtigen und notwendigen Reformschritt verwirklicht. Diese Entwicklung macht eine konstruktive Antwort gerade der Bundesrepublik Deutschland nötig.

Abrüstung ist eine geeignete Antwort auf die Reformen in den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation. Denn angesichts der jüngsten Entwicklungen, insbesondere in der DDR, wäre es durch nichts zu rechtfertigen, würde die Bundesrepublik Deutschland weiterrüsten, als sei nichts geschehen. Fünf Milliarden aus dem Rüstungshaushalt 1990 sind nur ein erster, aber wichtiger und drängender Schritt. Weitere Kürzungen müssen folgen, denn erheblich größere Summen werden künftig erforderlich sein, um den sozialen, politischen und ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden, die sich im gesamteuropäischen Rahmen stellen. Ein erster Schritt muß jetzt gemacht werden.

